

15.03.2018 – 10:40 Blogs / Fintech

Fast wie die Schweiz, aber mit EU-Zugang

Liechtenstein hat Gesetze geändert und die Finanzaufsicht neu ausgerichtet. Seitdem ist das Fürstentum weltweit auf dem Radar der Fintech-Start-ups.

Valentin Ade

Drucken



Schneller Wandel: Liechtenstein will im Eiltempo zum Fintech-Standort werden. (Bild: Martin Ruetschi/Keystone)

Das Regierungsgebäude in Vaduz erinnert an das Stadthaus einer grösseren Schweizer Gemeinde. Die Räumlichkeiten des Regierungschefs im ersten Stock des Renaissance-Palais erinnern an das Büro eines aargauischen Stadtammanns. An der Wand hängt das Bild von Fürst Hans-Adam II., am Tisch sitzt Regierungschef Adrian Hasler und sagt: «Wir setzen stark auf Fintech.»

Noch vor drei Jahren herrschte bei dem Thema im Fürstentum Torschlusspanik: «Man hat den Trend in Liechtenstein bis dato schlichtweg verschlafen», sagte damals David Meyer vom Interessenverband Fintech.li im Interview mit Fintechnews Switzerland. Der Verband veranstaltet 2018 zum vierten Mal die Fintech Conference im Ländle, und heute schlagen die Verantwortlichen versöhnlichere Töne an: «Die Regierung hat sich sehr aufgeschlossen gezeigt und Gesetze angepasst», sagt Fintech.li-Präsident Tobias Fitz zu «Finanz und Wirtschaft». 2017 gilt als Wendejahr.

Die Aufsicht als Promotor

Während die Schweiz lange über Erleichterungen für Jungunternehmen der Finanztechnologie diskutierte, änderte



das liechtensteinische Parlament auf Antrag der Regierung vergangenes Jahr kurzerhand das Bankengesetz. Zuvor musste jedes Unternehmen, das eine Banklizenz anstrebte, Mindestkapital von 10 Mio. Fr. einlegen. Heute ist es der Finanzmarktaufsicht (FMA) des Fürstentums freigestellt, wie viel Mindestkapital sie einem Start-up auf dem Weg zur Bank abverlangt – je nach Komplexität und Risikotiefe des Geschäftsmodells. Ähnliches wird in der Schweizer irgendwann Ende 2019 kommen – vielleicht.

«Die Regierung verfolgt in der Finanzmarktregulierung die Strategie, neue Geschäftsmodelle grundsätzlich zu ermöglichen», sagt FMA-Sprecher Lukas Müller. Der liechtensteinische Regulator tritt dabei als regelrechter Standortpromotor auf. Die Homepage der FMA bietet umfangreiche Informationen für Fintech-Start-ups. Als Ansprechpartner für Gründer und Jungunternehmer wurde das FMA-Regulierungslabor eingerichtet. Seine Botschaft: Kommt mit eurer Geschäftsidee zu uns, wir helfen euch, sie mit unseren Gesetzen kompatibel zu machen.

Der Ruf fand Gehör. Über hundert Anfragen von Fintech-Start-ups gingen im FMA-Labor nach eigenen Aussagen 2017 ein. Darunter waren auch Interessenten aus den USA und Japan. Zurzeit gibt es rund zwei Dutzend Fintech-Start-ups im Ländle, die meisten im Bereich Blockchain und Kryptowährungen.

«Einzigartiger Vorteil»

Eines dieser Jungunternehmen ist Coreledger, Gründer und CEO ist Johannes Schweifer. Der Wegfall des Bankgeheimnisses war für Liechtenstein ein Erweckungserlebnis, sagt Schweifer zu «Finanz und Wirtschaft». Das Fürstentum sei sichtlich darum bemüht, «für neue Geschäftsmodelle attraktiv» zu werden. Die Geschwindigkeit, mit der sein Blockchain-Unternehmen von der FMA das Okay erhalten hat, war «ein wichtiger Grund, uns für Liechtenstein zu entscheiden».

Das Ländle habe zudem einen «einzigartigen Standortvorteil», sagt Schweifer, als «Brücke zwischen der Schweiz und der Europäischen Union». Liechtenstein ist Mitglied im Europäischen Wirtschaftsraum. Die Unternehmen im Ländle geniessen aus Liechtenstein heraus freien Zugang zum europäischen Markt. Schweizer Finanzdienstleistern ist dieser Zugang versperrt. Beispielsweise darf ein Schweizer Robo Advisor seine Dienstleistungen via Internet nicht einfach aus der Schweiz heraus aktiv in Deutschland anbieten, sondern muss vor Ort gehen.

Diesen Umstand kritisiert die Schweizer Finanzbranche seit langem, doch ein Finanzdienstleistungsabkommen mit der EU scheint in weiter Ferne. Liechtenstein ist da ein naheliegender Ausweg. Zum Beispiel für Max Cotting, Chef der Schweizer Vermögensverwaltungsplattform Aquila. Er habe die Zulassung in Liechtenstein beantragt, um von dort aus den europäischen Markt zu bedienen, sagte Cotting unlängst an einer Veranstaltung von «Finanz und Wirtschaft».

Doch nicht nur aus dem Nachbarland gehen in Vaduz die Anfragen ein. Aufgrund des Brexit habe man regelmässig Anrufe von Londoner Finanzunternehmen, die Kapazitäten ins Rheintal verlagern wollen, sagt ein FMA-Insider. Vielen müsse man aber eine Absage erteilen, man habe schlichtweg nicht genug Platz im 38 000-Seelen-Ländle.

Das ist denn auch für den Fintech-Standort ein Nachteil. Ein Ökosystem wie in der Schweiz, London oder Singapur mit Hunderten Start-ups, zahlreichen Interessenverbänden, Investoren, Konferenzen, Zulieferern und Partnerbanken wird sich in der beschaulichen Nation im Rätikon wohl nie entwickeln. Das Fehlen eines grossen urbanen Zentrums macht es ebenfalls nicht leicht, gutqualifizierte Mitarbeiter anzuziehen – zumal diese Mitarbeiter auch gar nicht in Liechtenstein wohnen dürften, aufgrund des strengen Einwanderungsregimes.

Fintech-Unternehmer Schweifer hat seine Lösung dafür gefunden: «Die Holdinggesellschaft ist in Liechtenstein. Die Entwicklungsgesellschaft in der Schweiz.» Mit diesem Arrangement habe man das «Beste aus beiden Welten vereint».